20000 Kriegs- und Arbeitsopfer Sachsens rufen zum Kampf!

Am Sonnabend und Sonntag fand in der alten Glasmacherstadt Radeberg der Gautag des IB des Gaues Sachsen statt. Ueber 200 Delegierte waren dem Rufe des Gauvorstandes gefolgt. Aus allen Ortschaften Sachsens waren sie erschienen und in fast allen Fällen von den in bitterster Not lebenden Rentenempfängern finanziert.

Getragen von dem Ernst der politischen Situation unter dem Gesichtspunkt der durch die Papenregierung angedrohten neuen und unerhörten brutalen Abzüge von Renten und Fürsorgeleistungen berieten die Delegierten aus dem Hungerlande Sachsen über ihre neuen Kampfmaßnahmen. In schärfster Selbstkritik wurden Fehler korrigiert, die im Verlaufe des letzten Jahres gemacht wurden.

Der Gautagung ging eine Frauenkonferenz voraus, die unter starker Anteilnahme von vielen Gästen anderer Kriegs- und Arbeitsopferorganisationen am Sonnabend um 15 Uhr eröffnet wurde. Hier referierte die Genossin Woicke vom Bundesvorstand. Ihr Referat wurde von den kampfbegeisterten Hinterbliebenen oftmals durch stürmischen Beifall unterbrochen. Den Höhepunkt der Nachmittagstagung stellte aber die Diskussion dar, an der 13 Genossinnen teilnahmen, die in geradezu glänzender Weise die Ausführungen durch Beispiele aus den Betrieben, von den Stempelstellen, von den Kriegsfürsorgeämtern ergänzten.

Ueberfüllte Massenkundgebung

Die darauf folgende große Kundgebung in sämtlichen Räumen des Kaiserhofs, dem größten Saal in Radeberg, zeigte einen derartigen Besuch, daß er die Menschen nicht fassen konnte. Unter Mitwirkung der Roten Raketen wurde an diesem Abend die Verbundenheit aller Hilfsbedürftigen mit der im Betrieb stehenden Arbeiterschaft in den Vordergrund gestellt. Das zeigt auch

die Sammlung für die Textilarbeiter, die das Resultat von 24— Mark erbrachte.

•

Der Verlauf des IB-Gautages

Pünktlich 9 Uhr fanden sich am gestrigen Sonntag die Delegierten zur Hauptkonferenz ein. Der Genosse Hans Neuhof, Gauleiter von Sachsen, eröffnete mit einigen kernigen Begrüßungsworten den Gautag, an dem Vertreter der Partei und Vertreter aller anderen Massenorganisationen als Gäste teilnahmen. Dann folgte das Hauptreferat des Genossen Neuhof, das wir im ausführlichen Bericht morgen bringen. In mustergültiger Disziplin und Aufmerksamkeit folgten die Delegierten den fast zweistündigen Ausführungen. Die darauffolgende Diskussion zeigte wiederum, wie ernst es den Delegierten war, um die Schaffung der Einheitsfront aller Rentenempfänger.

„Auf dem uns zugeteilten Frontabschnitt wollen wir die Pflicht tun um bei dem großen Befreiungswerk der Arbeiterklasse mitgeholfen zu haben", sagte ein Delegierter, als er zum Kampf in der Antifaschistischen Aktion aufrief.

Die Frage der Kriegsgefahr rückte im Verlaufe der Diskussion in den Vordergrund. Das zeigt auch eine einstimmig angenommene Entschließung zu dieser Frage.

Die instruktiven Referate über unsere Presse und über Rechtsfragen wurden ebenfalls mit größten Interesse aufgenommen.

Zusammengefaßt muß gesagt werden, daß es wohl die bestgelungene Tagung der Kriegs- und Arbeitsopfer des IB überhaupt war. Das bestätigten in großer Begeisterung alle die, die geschlossen mit ihren Ortsgruppen in der letzten Zeit von den gegnerischen Organisationen zu uns übergetreten sind.

Mit dem Kampflied „Brüder zur Sonne zur Freiheit" erreichte, die für die Rentenempfänger entscheidende Tagung ihr Ende.

Panzerkreuzer C wird gebaut!

Die Papen-Schleicher-Regierung hat beschlossen, den vom Reichstag genehmigten Bau des neuen Panzerkreuzers C zu beginnen. Die ersten Arbeiten zum neuen Panzerkreuzer sind in Kiel bereits in Angriff genommen.

Begründet wird der Bau dieses Erbes sozialdemokratischer Regierungspolitik ausdrücklich damit, daß die Genfer Abrüstungskonferenz gescheitert ist. Die Papen-Schleicher-Regierung gibt damit unumwunden zu, daß jetzt der Weg zur Aufrüstung für alle Staaten freigelegt wurde. Wenn die deutschen Imperialisten heute dieses neue Kriegsinstrument bauen können, dann verdanken sie das der Panzerkreuzerpolitik der SPD! Die SPD-Presse, die bei jeder Gelegenheit von den „Verdiensten" der Hermann-Müller-Regierung redet, verschweigt diese Tatsache natürlich. Um so lauter rufen wir sie den Arbeitern ins Gedächtnis!

„Mittelstandspartei" unter neuem Firmenschild

Die führenden Männer, die von der zusammengebrochenen verräterischen Mittelstandspartei so ziemlich allein noch zurückgeblieben sind, haben angesichts der Wahlen über ihrem Pleiteladen ein neues Firmenschild angebracht. Sie haben eine „Bürgerliche Vereinigung" gegründet.

Die Mittelstandspartei hat als Partei im Dienste des Großkapitals die Interessen der ruinierten und verelendeten Gewerbetreibenden Handwerker, Mittelständler schändlich preisgegeben. Dasselbe bezweckt auch die „Bürgerliche Vereinigung". Für die notleidenden Mittelständler, deren Interessen mit denen der Arbeiterschaft verbunden sind, heißt es, gemeinsam mit der Arbeiterschaft zu kämpfen. Die einzige Partei, die sich der Forderungen der Mittelständler annimmt, ist die Kommunistische Partei.

Arbeiterinnen verdienen 10 Mk. wöchentlich weniger!

Das ist der Lohnabbau der Papen-Notverordnung!

Ein Beispiel aus der Praxis — Von 38,88 Mark Wochenlohn auf 28,35 Mark

In dem großen Schuhbetrieb Leiser, Berlin, arbeiten die Arbeiterinnen jetzt 48 Stunden bei einem Stundenlohn von 81 Pfennig. Der Bruttolohn beträgt also pro Woche 38,88 Mark.

Wenn jetzt die Firma 25 Prozent Arbeiterinnen mehr einstellt und auf Grund der Papen-Notverordnung dazu übergehen will, die 31. bis 40. Stunde mit nur 50 Prozent des bisherigen Lohnes zu bezahlen und gleichzeitig die Arbeitszeit auf 40 Stunden wöchentlich zu verkürzen, so würde sich folgender Lohn für die Arbeiterinnen ergeben:

30 Stunden	à 81 Pfennig	. . . . .	24,30 Mark
10 „	à 48,5 „	. . . . .	4,05 „
			28,35 Mark

Von diesem Bruttolohn gehen etwa 5 Mark für Lohnsteuer, Beiträge für Arbeitslosen-, Invaliden- und Krankenversicherung usw. ab, so daß die Arbeiterinnen nur 23 bis 24 Mark wöchentlich zu verbrauchen hätten.

Wenn nun die Firma die Stirn hätte, zu erklären, daß die Weiterzahlung tariflicher Löhne den Fortbestand des Betriebes gefährden, so könnte sie, ungehindert vom Arbeitsgericht und Schlichter noch niedrigere Löhne zahlen.

Das einzige Hindernis, das der Firma entgegensteht, ist der Kampfwille der Belegschaft.

Es ist unmöglich, mit solchen Löhnen zu existieren, wie sie nach der Notverordnung möglich wären.

Darum gibt es für alle Belegschaften nur die Möglichkeit, sich auf dem Wege des Kampfes zu einigen, dem Unternehmer entsprechende Lohnforderungen zu stellen und sie zu erkämpfen!

Antifaschistische Einheitsfront des Kampfes in jedem Betrieb!

Mitverantwortlichkeit der Gewerkschaften

für notverordneten Lohnabbau vom Reichsarbeitsminister Schaeffer eingestanden

Düsseldorf, 19. September.

Auf einem Kongreß der christlichen Gewerkschaften sprach der Reichsarbeitsminister Schaeffer über die Bestimmungen der Lohnabbaunotverordnung Hindenburgs. Schaeffer unterstrich, daß die Regierung ihre Maßnahmen durchführen kann, wenn die Gewerkschaften mit der Regierung zusammenarbeiten.

Damit hat Schaeffer erneut die Mitverantwortlichkeit der Gewerkschaften für den ungeheuren Lohnabbau festgestellt. In seinen weiteren Ausführungen gab der Reichsarbeitsminister offen zu, daß durch die neue Notverordnung die Löhne in stärkster Weise gesenkt werden. Die einschränkenden neuen Bestimmungen verhindern auf keinen Fall neue Lohnsenkungen. Auch die Möglichkeit, daß die Unternehmer größte Betrügereien mit der neuen Notverordnung betreiben und durch Schiebereien sich in den Besitz der Kopfprämien setzen würden, wird vom Reichsarbeitsminister zugegeben.

Wieder eine kommunistische Tageszeitung verboten!

Arbeiter, verteidigt eure Presse

Am 17. September wurde die kommunistische Tageszeitung für Magdeburg-Anhalt, die Tribüne, bis zum 23. September verboten und zwar wegen eines Artikels über die General-Stülpnagel-Organisation.

Schlag auf Schlag führt die Reaktion gegen die kommunistische Presse. Die Arbeiterschaft muß die Gegenwehr wirksamer gestalten, den Massenprotest verstärken und zum Proteststreik übergehen. Entscheidend könnten die graphischen Arbeiter zur Verteidigung der Arbeiterpresse beitragen, wenn sie erkennen, daß sie ihre eigene Existenz verteidigen, wenn sie den verheerenden Verbotsfeldzug der Reaktion zum Stoppen bringen. Eine breite Front aller Werktätigen zur Verteidigung der proletarischen Presse muß formiert werden.

Antrag gegen Zeitungsverbote im Preußischen Landtag

Berlin, 19. September.

Die kommunistische Fraktion des Preußischen Landtages hat in einem Antrag die sofortige Aufhebung aller Verbote gegen kommunistische Zeitungen und Zeitschriften gefordert. In dem Antrag fordert unsere Fraktion ferner: Alle, die freie Meinungsäußerung beschränkenden Verordnungen sind außer Kraft zu setzen bzw. dürfen in Preußen nicht angewandt werden. Der Berliner Polizeipräsident Dr. Melcher wird sofort seines Postens enthoben, die Stelle wird nicht wieder besetzt. Alle für diesen Zweck im Etat vorgesehenen Mittel werden gesperrt.

10 Jahre Zuchthaus für 57jährigen Arbeiter

Berlin, 16. Sept. (Eig. Drahtb.)

Das Berliner Sondergericht verurteilte den 57jährigen kommunistischen Arbeiter **Berger** zu 10 Jahren Zuchthaus. Zu dem Urteil führten die Zeugenaussagen einiger Nazis. Sie erklärten, daß Berger bei den Zusammenstößen, die sich kürzlich ereignet, geschossen habe. Was Naziaussagen wert sind, kam in der Gerichtsverhandlung gestern zum Ausdruck, wo Nazifälle angeführt wurden, nach denen die Nazis gelogen hatten, sie hätten die eine und die andere Person bei Zusammenstößen gesehen.

Zentrumsparteivorstand für Durchführung der Notverordnung

Berlin, 18. September (Eig. Drahtb.)

Gestern fand eine Sitzung des Reichsparteivorstandes des Zentrums statt. In ihr erklärte der Vorsitzende, Prälat Kaas, unter anderem:

„Mag auch formaljuristisch die Montagsabstimmung über die Notverordnung und das Mißtrauensvotum nicht als rechtswirksam angesehen werden können, als politisches Votum gegen das sogenannte Konzentrationskabinett ist es von einer Wucht, deren Eindruck sich niemand — der die Dinge sieht — entziehen kann."

Unter dem Deckmantel einer oppositionellen Haltung gegenüber der Papenregierung stellt sich damit das Zentrum in Wirklichkeit auf den Standpunkt der Papenregierung, wonach die Reichstagsbeschlüsse — Mißtrauensvotum gegen die Regierung und Aufhebung der Notverordnung — ungültig und unwirksam sind. Das Zentrum bezweckt vor allem damit, die Durchführung der Notverordnung zu erreichen.

Weiter erklärte Kaas:

„Unter Wahrung dessen, was der Konsolidierung wert, sind wir jederzeit bereit mit denen, die die Grundlage dieses Staates mit uns bejahen, an der organisatorischen Ausgestaltung der Verfassung mitzuarbeiten."

Das Zentrum ist also bereit, mit Papen und insbesondere mit Hitler, den faschistischen Kurs durchzuführen.

Faschistenbriefe an Clara Zetkin

Sie alter Misthaufen
gehören nach Moskau.
Sie beudeln nur
den Reichstag, Sie
alte russische San-
Auf Ihren Grabhügel
scheisse und pisse
mal kein Mensch vom
Ausland. Scheisse und
Pisse sind für Sie zu
schade. Ehrenrühriges
Kommunistenschwein =
Verbrechergesindel.
Die Deutschen
Patrioten
Ortsgruppe Berlin

Frankfurt a.M., den 29.8.32

Frau Klara Zetkin, Alterspräsidentin
des Reichstages
Berlin.

Bürger! Nationalsozialisten machen Stimmung gegen Ihr Präsidium. Wir proletarischen Nationalsozialisten sind ehrliche Gegner des Bolschewismus, aber wir sind und bleiben Sozialisten, Kämpfer gegen die bestehende Gesellschaftsform und wir haben die Macht, nicht unsere bürgerlichen Kampfgenossen, die nur Standesinteresse in unsere S.A. geführt hat. Weil wir für das Recht sind, deshalb rufen wir Ihnen zu: Sie sind Alterspräsidentin - machen Sie von Ihrem Recht Gebrauch! Niemand kein ehrbarer deutscher Mann wird Sie wegen Ihres Alters beleidigen und ablehnen, denn Recht muss Recht bleiben. Wir proletar. Nationalsoz. lehnen auch jedes Blutvergiessen ab, weil wir deutsche Menschen sind u. weil wir einen deutschen Rechtsstaat wollen, der alle Volksgenossen vereint u. vor Ausbeutung schützt.

Offenbacher und Frankfurter S.A.

Die beiden hier abgebildeten Briefe sind beredte Dokumente des Faschismus in Deutschland. Der lange „Brief" von „deutschen Studenten" mit dem nicht wiederzugebenden widerlichen Schweinereien ist auf einem Leihzettel der Berliner Universitäts-Bibliothek geschrieben. Das sind die zukünftigen Hüter der Zivilisation, die zukünftigen oberen Beamten mit „höherer Bildung"! Das ist die „national-christliche" Kultur, zu deren „Rettung" Nazis und Zentrum aufrufen!

Die Karte der Frankfurter und Offenbacher SA.-Proleten enthält die doch unüberbrückbare Klassenkluft im faschistischen Lager. Keine SA.-Uniform, kein militärischer Drill, kein Geschrei der Führer und Goebbels kann die Klassengegensätzlichkeit verdecken, kann das Klassenbewußtsein ganz beseitigen. Das gibt uns auch die Gewißheit, daß die irregeführten SA.-Proleten ihren Weg zur roten Klassenfront gehen werden und dafür sorgen, daß der Wunsch unserer Klara in Erfüllung geht, daß sie recht bald als Alterspräsidentin den ersten deutschen Sowjetkongreß eröffnen kann.

Morgen Dienstag
veröffentlichen wir in unserer Zeitung
Enthüllungen über Geheim
Verhandlungen Schleicher-Hitl

SLUB
Wir führen Wissen.